



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Gasser Hülsen GmbH, Rothenthurm

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Kasse:

Schwyzner Kantonbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druck | media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Inhaltsverzeichnis

<b>SZ</b>	
Wirtschaftsmeldungen.....	4–7
<b>Aktuell</b>	
Schweizer Erweiterungsbeitrag: Innerhalb der Verpflichtungsperiode 210 Projekte genehmigt .....	8
<b>Themen</b>	
Das am stärksten industrialisierte Land der Welt .....	9
Drei Milliarden mehr für den Gotthard? .....	10–11
Strukturerhebung der eidgenössischen Volkszählung 2010 .....	12
Kartellgesetz auf repressiven Abwegen ....	13
<b>Index</b> .....	14
<b>Kommentar</b>	
In Italien an Schwyz gedacht: Gedankensplitter einer Reise.....	15

## Doch noch Wohneigentumsförderung? Bausparen via 3. Säule



Roman Weber  
H+I-Geschäftsführer

Gemäss Art. 108 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV) fördert der Bund den Wohnungsbau, den Erwerb von Wohnungs- und Hauseigentum, das dem Eigenbedarf Privater dient, sowie die Tätigkeit von Trägern und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Zur Umsetzung dieses Verfassungsauftrages wurden in den Jahren 2008 und 2009 zwei Volksinitiativen lanciert. Es handelt sich dabei um die etwas umständliche, föderalistisch aufgegleiste «Bauspar-Initiative» der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB) aus dem Kanton Basel-Landschaft sowie um die Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» vom Hauseigentümerverband (HEV) Schweiz.

Über diese beiden eidgenössischen Vorlagen haben wir dieses Jahr abstimmen dürfen. Leider legte (die anscheinend eher ihren nicht bürgerlichen Wählern verpflichtete) Bundes-

rätin Eveline Widmer-Schlumpf den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Vorlagen taktisch geschickt an zwei verschiedenen Abstimmungsterminen vor. Dabei wurde die etwas komplizierte und deswegen auch chancenärmere Vorlage der SGFB zuerst zur Abstimmung gebracht.

Nach dem noch einigermassen knappen Nein zur ersten Vorlage am 11. März 2012 erstaunt es deshalb nicht, dass die einfacher umzusetzende zweite Initiative zum Bausparen am 17. Juni 2012 ebenfalls verworfen wurde.

Trotz dieser Abstimmungsergebnisse darf nun aber nicht leichtfertig der Schluss gezogen werden, dass die Schweizerinnen und Schweizer grundsätzlich gegen eine Förderung des Bausparens sind. Eine solche Annahme trifft nämlich ganz klar nicht zu.

Ganz offensichtlich haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aber gegen die Schaffung eines neuen Steuerkonstruktes für das Bausparen, welches auf verschiedenen Ebenen zu einem erhöhten administrativen Aufwand und damit zu mehr Bürokratie geführt hätte, ausgesprochen. Dies stellt einen nachvollziehbaren Grund dar, die beiden genannten Initiativen abzulehnen. Im Weiteren hat wohl auch ein nicht unerheblicher Teil der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die bereits Wohneigentum besitzen, die Vorlagen abgelehnt. Schliesslich hätten diese von der Neuerung ja nicht mehr profitieren können. Auch diese Einstellung ist grundsätzlich nachvollziehbar. Unverständlich ist hingegen

die negative Haltung des Mieterverbandes, welcher die beiden Initiativen mit grossem Aufwand bekämpft hat. So wären diese gerade seiner Klientel, nämlich den Mieterinnen und Mietern, also den potentiellen Bausparern, zugute gekommen. Es ist müssig, dafür überhaupt eine Erklärung zu suchen.

Der Verfassungsauftrag der Förderung des Wohneigentums kann letztendlich aber auch ohne separates Bausparen gefördert werden. Dazu müsste einzig eine Erhöhung des Maximalbetrages, welcher jährlich in die 3. Säule steuerbegünstigt einbezahlt werden kann, von heute Fr. 6'682.00 auf Fr. 10'000.00 bis Fr. 12'000.00 realisiert werden (ohne zeitliche Beschränkung). Gleichzeitig wäre sicherzustellen, dass diese Gelder schon vor Erreichung des ordentlichen Bezugsalters jederzeit zur Finanzierung von selbstgenutztem Wohneigentum verwendet werden können.

Von einer solchen Erhöhung des Maximalbetrages an die 3. Säule würden auch diejenigen Personen profitieren, welche bereits ein Eigenheim besitzen. Von dieser Seite her wäre somit keine Opposition mehr zu erwarten. Zudem würde nebst Art. 108 Abs. 1 BV auch noch gleich Art. 111 BV entsprochen, welcher eine Förderung der Altersvorsorge vorsieht.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, ich wünsche Ihnen einen wunderschönen, bausparabstimmungsfreien Sommer.

Roman Weber

### Schwyz arbeiten bis Mitte März für Steuern

Die Credit Suisse hat in einer Studie zum Steuerwettbewerb ausgerechnet, in welchem Kanton die Einwohner am längsten für die Steuerrechnung arbeiten müssen. Am besten kommt es für die Zuger. Dort müssen Doppelverdiener bis am 9. März für den Staat arbeiten. Im Kanton Schwyz dauert es nur fünf Tage länger, in Ob- und Nidwalden wird es 22. März. Am längsten arbeiten müssen, bis sie die Steuerschuld abverdient haben, die kinderlosen Neuenburger Ehepaare. Ihr «Tax Independent Day» ist erst am 3. Mai. Anders sieht es bei den Familien aus, wo einige Kantone deutlich besser wegkommen als Schwyz, so etwa Graubünden, St. Gallen, Tessin, Wallis und Genf. Dies, weil diese Kantone teils markant höhere Kinderabzüge erlauben.

### SBB Cargo schliesst drei Märchler Verladestationen

Das Gütertransportunternehmen SBB Cargo streicht 128 der 500 Verladebahnhöfe. Davon betroffen sind auch Siebnen-Wangen, Lachen und Reichenburg. In Ausserschwyz wird zukünftig nur noch Pfäffikon bedient. Die drei Innerschwyz Verladestationen in Arth-Goldau, Schwyz und Brunnen sowie in Einsiedeln und Biberbrugg bleiben erhalten. Der Holzverlad wird von Siebnen nach Weesen und der Freiverlad aller drei Bedienpunkte nach Pfäffikon verlegt. Im Grenzgebiet zu Schwyz werden Meggen, Flüelen und Bilden geschlossen. Von der Schliessung am meisten betroffen sind die Holz- und Zementbranche sowie die Landwirtschaft.

### Nutzungsplanung Urmiberg einen Schritt weiter

Für die Region Innerschwyz ist die Nutzung der Industrie- und Gewerbebrachen in Seewen (ehemaliges eidgenössisches Zeughaus) und Brunnen Nord (u.a. mit dem Holcim-Areal) von grosser wirtschaftspolitischer Bedeutung. Nun ist die Nutzungsplanung für diese so genannte «Urmibergachse» abgeschlossen, die unter Federführung des kantonalen Baudepartements entstanden ist. Es ist das grösste Planungswerk, das im Kanton Schwyz je angegangen worden ist. Knackpunkte sind der Bau von neuen Strassen, der spätere Anschluss an die Autobahn A4, ein Kreisell beim Bahnhof Seewen, das neue gemischte Wohn- und Gewerbequartier «Nova Brunnen» und eine SBB-Anlage für den Freiverlad. Es geht um eine Nutzungsfläche so gross wie 1600 Viereinhalbzimmer-

Wohnungen, um 2100 Arbeitsplätze und gegen 700 Wohnungen im Endausbau. Im Sommer soll das Projekt öffentlich aufgelegt werden. Bis 2020 sollte das Gebiet zumindest teilweise erschlossen sein. Volksabstimmungen finden keine statt.

### Bauland und Mieten markant teurer

Baulandpreise und Mieten haben in den letzten zwei Jahren im Kanton Schwyz markant angezogen, die Unterschiede zwischen den Regionen sind grösser geworden. Das zeigen die Richtwerte der kantonalen Steuerverwaltung, welche auf realen Zahlen (Handänderungen) beruhen. Spitzenreiter sind weiterhin die drei Höfner Gemeinden, wo für Bauland in der Wohnzone bis zu 4000 Franken pro Quadratmeter gezahlt werden. In den Trendorten habe es massive Preisanstiege gegeben, kommentiert Markus Baumeler, Abteilungsleiter Liegenschaftsschätzung der Steuerverwaltung, die neuesten Zahlen. Nebst den Höfen zählen dazu Lachen, Altendorf, Arth, Küsnacht und in etwas geringerem Masse Brunnen, Schwyz und Einsiedeln. Hier seien die Preiserhöhungen teilweise in den Vorjahren vorweggenommen worden. Einsiedeln profitiert als Ausweichvariante von Ausserschwyz, die Gemeinde Arth von ihrer Nähe zum noch teureren Kanton Zug. Das günstigste Bauland gibt es nach wie vor in den Randregionen: Im Muotatal, im Ybrig, im Alptal und Wägital kann, wer Glück hat, Bauland für unter 300 Franken pro Quadratmeter erwerben. Gleichzeitig hat auch das Mietpreisniveau zugenommen. Aufgelistet werden definierte «Raumeinheiten», wobei die regionalen Unterschiede ebenfalls gross sind. In den Randregionen ist die Raumeinheit praktisch halb so teuer wie in den Trendorten. Die festgelegten Richtwerte für Baulandpreise und Mieten gelten ab 2012 und müssen in die Steuerveranlagung eingesetzt werden. Sie gelten jedoch nur für Neubauten und nicht für Handänderungen bestehender Objekte. Die letzten Anpassungen erfolgten erst 2010. Die schnelle Reaktion der Steuerbehörde weist auf die raschen Preisanstiege hin. Die Richtwerte sind im Amtsblatt 2012/Seite 1263ff ersichtlich.

### Älteste Bank feierte Geburtstag

Die älteste Bank im Kanton, die Sparkasse Schwyz, konnte mit einem dreitägigen Fest ab dem 18. Mai ihren 200. Geburtstag feiern. 620 Aktionäre folgten der Einladung in die Dreifachturnhalle Rubiswil in Ibach. An der Jubiläums-Generalversammlung wurde eine

Aktienkapitalerhöhung um zehn Prozent beschlossen. Die «Ersparniskasse der Gemeinde Schwyz» wurde 1812 von Fröhmesser Augustin Schibig gegründet, um die Abhängigkeit der damals noch üblichen Bürgschaften, was teilweise mit dem Verlust des gesamten Hab und Gutes einherging, abzuschwächen.

## **Auto AG zurück auf dem Erfolgspfad**

Nach turbulenten Jahren scheint die Auto AG Schwyz wieder in ruhigeren Gewässern unterwegs zu sein. 2011 konnte ein Gewinn von einer Mio. Franken erwirtschaftet werden. Die Gesamteinnahmen stiegen um 1,1 Mio. auf 16,4 Mio. Franken, der Gewinn konnte von 0,4 auf 1,0 Mio. Franken gesteigert werden. Das Eigenkapital beträgt 2,3 Mio., das Fremdkapital 9,1 Mio. Franken. Wegen des Ausbaus des Fahrplanangebots und einer einmaligen Nachzahlung aus den Vorjahren erhielt die AAGS von der öffentlichen Hand 8,6 Mio. Franken. Nicht nur wegen diesen Zuwendungen, sondern auch aufgrund der steigenden Anzahl der Buspassagiere, des verbesserten Fahrplans sowie der hohen Kundenzufriedenheit ist Verwaltungsratspräsident Reto Wehrli zuversichtlich für die Zukunft: Die Auto AG Schwyz habe eine der anforderungsreichsten Phasen ihrer Geschichte überstanden. Hintergrund dieser Äusserung ist die anspruchsvolle Sanierung der Pensionskasse, welche den Betreiber des öffentlichen Busverkehrs in Innerschwyz fast in den Abgrund gezogen hatte.

## **Robert Ruoss AG übernimmt Kunden eines Konkurrenten**

Tamara R ist seit 1995 die Bettwäscheeigenmarke der Firma Robert Ruoss AG und zeichnet sich durch ein breites Angebot verschiedener Dessings und Farben aus. Die Desings sind vorwiegend Eigenkreationen mit aussergewöhnlichem Charakter und geniesenen absolute Exklusivität. Auch im Innendekorationsbereich erledigt Tamara R sämtliche Arbeiten der Muttergesellschaft. Sie hat sich in den letzten drei Jahren stark weiterentwickelt und ist mit der Spezialabteilung Vorhang-Nähatelier einzigartig. Per 1. August übernimmt die Tamara R, domiliziert in Schübelbach, den gesamten Kundenstamm der Karl Roth AG aus Diesenhofen. Damit können in Schübelbach vier bis fünf Stellen neu besetzt werden. Der Umbau ist in vollem Gang, es wird in einen neuen Maschinenpark investiert. Die Tamara R beschäftigt derzeit 30 Mitarbeitende.

## **Schwyz Kantonalbank im «BILAN»-Rating auf Platz 2**

Die Analyse des Westschweizer Wirtschaftsmagazins «BILAN» bestätigt, dass die Schwyz Kantonalbank (SZKB) eine grundsolide Bank ist. Die SZKB konnte sich in den letzten zehn Jahren immer im vordersten Drittel platzieren. Analysiert werden die Jahresabschlüsse der Kantonalbanken. Bei der aktuellen Untersuchung erreichte die SZKB mit einem Notendurchschnitt von 4.8 den zweiten Platz. Das sehr gute Abschneiden wird die auf einem starken Eigenkapital und einer adäquaten Liquidität basierende, riskobewusste und auf Kontinuität ausgerichtete Geschäftspolitik der SZKB bestätigt. Die SZKB gehört zu den effizientesten Banken der Schweiz. Im Detail wurden 14 Kriterien (2011: elf) bewertet, wobei 6 die Höchstnote und 1 der tiefste Wert darstellen. Beim Kriterium «Einzelwertberichtigungen für gefährdete Forderungen im Verhältnis zu den Kundenausleihungen» erhielt die SZKB die Höchstnote 6. Den tiefsten Wert erhielt die Schwyz Kantonalbank bei der Eigenkapitalrentabilität, die im Durchschnitt der Kantonalbanken liegt.

## **Faes AG automatisiert Produktion weiter**

Die Faes AG trotz dem anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld und investiert weiter in ihre Produktion am Standort Wollerau. Der Maschinenpark gehört zu den modernsten in der Region und ermöglicht die hochpräzise Fertigung mechanischer Teile. Nachdem im letzten Jahr für die Fräseerei drei neue CNC-Bearbeitungszentren gekauft wurden, konnte Anfang Juni ein weiteres, neues Hochleistungsdrehzentrum in Betrieb genommen werden. Durch die gezielten Investitionen in neueste Maschinenteknik kann der Automatisierungsgrad weiter gesteigert werden. Die Faes AG ist einer der grössten industriellen Schweizer Dienstleister im Maschinenbau. Im Auftrag von Technologieunternehmen aller Branchen stellt Faes Präzisionsteile, Baugruppen und ganze Maschinen her. Neben dem Hauptsitz in Wollerau und einer grossen Montagehalle in Mels besitzt Faes Tochtergesellschaften in Nashville (USA) und in Tschechien. Sie feiert 2012 ihr 100-jähriges Bestehen.

## **Fassade als Kraftwerk**

Die Annen & Schibig AG in Ibach hat für 7 Mio. Franken einen glänzenden Neubau erstellt. Schweizweit einzigartig ist die Fassade aus goldenen Solarpanels. Damit kann das in den Bereichen Spenglerei,

Lüftungen und Blechbearbeitung tätige Unternehmen rund 30 Prozent der benötigten Energie selber erzeugen. Auch die Heizung des Neubaus ist ökologisch: Die Abwärme der Laserschneideanlage wird rückgeführt und dient der Wärmegewinnung. Mit dem im Gewerbegebiet Wintersried realisierten Neubau wurde die Produktionsfläche auf 4000 Quadratmeter verdoppelt. Die innovative Lösung konnte in Zusammenarbeit mit dem Solarpartner Fine Energy AG aus Einsiedeln verwirklicht werden. Die Fotovoltaikanlage umfasst 70 Quadratmeter Fassadenfläche. Damit will die Firma laut Bauherr René Schibig gezielt ins Image investieren. Für die Zukunft erhofft sich das Ibächler Unternehmen Aufträge für den Bau von Fassadenpanels.

### Gewerbeverband bestätigt Präsidenten

Der Kantonal Schwyzerische Gewerbeverband hat an seiner Delegiertenversammlung Ende Mai Kantonsrat Karl Fisch, Gross, für vier Jahre als Präsident bestätigt. Der Verband legte sich auch ein neues Logo zu. Gleichzeitig wurde Kuno Kennel als Präsident der kantonsrätlichen Gewerbegruppe durch den Altdörfner Walter Züger ersetzt.

### Tiefer Euro-Kurs drückt auf Holzpreise

Die Oberallmeindkorporation Schwyz ist mit 8000 Hektaren die grösste private Waldbesitzerin der Schweiz. Der hohe Franken drückt jedoch auf den Holzpreise, wie Geschäftsführer Daniel von Euw bei der Vorstellung der Rechnung 2011 sagte. Deshalb wurde der Hiebsatz reduziert. Die altehrwürdige Korporation hat sich in den vergangenen Jahren mit neuen Geschäftsfeldern weitere Standbeine aufgebaut. Der Verkauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, bei dem Kohlendioxid durch eine spezielle Waldbewirtschaftung in die Bäume eingelagert wird, spült bereits 100 000 Franken pro Jahr in die Kasse. Auch ist der Verkauf von Waldhackschnitzeln rasant gestiegen. Zudem ist die Oberallmeind zu einem Sechstel an der Agro Energie Schwyz beteiligt, welche ein grosses Zentralheizkraftwerk für den Talkessel von Schwyz betreibt und weiter ausbaut. Der Wald hat also durchaus Zukunft und die Oberallmeind wird davon längerfristig profitieren können.

### Etzelwerk produzierte weniger Strom

Mit 220 000 Megawatt Bahnstrom produzierte das Etzelwerk 2011 rund 14 Prozent weniger Strom als im Zehnjahresmittel (257 000 MWh). Im Vergleich zum Vorjahr gab der Sihlsee gar 25 Prozent weniger Elek-

trizität her. Die tiefere Stromproduktion ist auf den fehlenden Regen zurückzuführen, wie dem Geschäftsbericht der Etzelwerk AG mit Sitz in Egg/Einsiedeln zu entnehmen ist. So lieferten die natürlichen Zuflüsse zum Sihlsee im Winter (Januar bis März) und im Herbst (Oktober bis Dezember) nur 93 Prozent des Zehnjahresmittels, im Sommerhalbjahr gar nur 80 Prozent. Die bezogene Energiemenge der Speicherpumpen belief sich im Berichtsjahr auf 80 000 MWh, was einem Plus von 55 Prozent entspricht. Der Betriebsaufwand betrug 17,3 Mio. Franken (+ 8,3 Prozent), vor allem, weil sich die Kosten für die Pumpenenergie gegenüber dem Vorjahr massiv erhöht haben.

### Rigi Bahnen AG mit Rekordfrequenzen

Das vergangene Jahr war für die Rigi Bahnen AG ein Rekordjahr. Mit 1,29 Mio. Frequenzen wurde der letztjährige Rekord um drei Prozent übertroffen. Die zusätzlichen Frequenzen und die nun greifenden Erträge aus dem Pool des Generalabonnements verhalfen zu einem Ertragsrekord von 16,5 Mio. Franken. Der Betriebsaufwand konnte im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant gehalten werden (12,5 Mio. Franken). Damit erreichte die Rigi Bahnen AG erstmals einen Ebita (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von über vier Mio. Franken, 46 Prozent mehr als im Vorjahr. Im vergangenen Jahr hat die Bergbahn insgesamt 4,9 Mio. Franken in die Erneuerung oder den Ersatz der Anlagen investiert, wie Direktor Peter Pfenninger an der Generalversammlung Ende Mai rapportierte. Der grösste Teil der Investitionen in der Höhe von 3,5 Mio. Franken kommt von den Projekten Bahnhof Goldau und Rigi Kaltbad. Im laufenden Jahr sind weitere Investitionen von 8,6 Mio. Franken geplant.

### SOB-Rechnung im Minus

Die Schweizerische Südostbahn AG (SOB) kann für 2011 ein positives Betriebsergebnis ausweisen, doch die Pensionskassensanierung führt unter dem Strich zu Roten Zahlen. Bei einem Aufwand von 127 Mio. Franken resultiert aus dem Betrieb zwar ein Ertragsüberschuss von 365 000 Franken. Doch die Differenz zwischen Vorsorgevermögen und Deckungsgrad bei der Pensionskasse zieht das Unternehmen ins Minus. Bereits in der Bilanz 2010 wurden 13 Mio. Franken als Rückstellung verbucht, die vorliegende Rechnung wird mit weiteren 20 Mio. Franken belastet. Verhandlungen mit Bund und Kantonen haben das Ziel, dass auf die Rückzahlung bedingt rückzahlbarer Darlehen der

Sparte Infrastruktur verzichtet wird. Man geht davon aus, dass so eine Sanierung der Bilanz im Jahr 2012 gelingen kann.

### **Schanzen Einsiedeln GmbH sucht den Erfolg**

2011 konnte die Schanzen Einsiedeln GmbH den Umsatz zwar steigern, doch genügt dies noch nicht, um die Anlage mit den drei Schanzen nachhaltig betreiben zu können. Der Umsatz vergrösserte sich im Berichtsjahr markant von 275 000 auf 332 000 Franken. Haupteinnahmequellen sind die Trainings Sprünge (es wurden 26 500 Sprünge absolviert), die Schanzenführungen, die Vermietung des Panoramaraumes sowie die Aktivitäten der Agentur Impuls Event und des Kiosks. Dank viel Freiwilligeneinsatz und der guten Zusammenarbeit mit den Partnern konnte so eine ausgeglichene Rechnung erzielt werden. Um sämtlichen Verpflichtungen nachkommen zu können, ist jedoch ein Umsatz von jährlich 450 000 Franken erforderlich. Deshalb soll die bereits eingeleitete Suche nach Unterstützungsbeiträgen von Privaten und Sponsoren weiter vorangetrieben werden. Auch ist man auf Zuwendungen der öffentlichen Hand angewiesen. Erste Erfolge stellten sich ein mit der Kontaktaufnahme mit dem Bund sowie der Mitgliedschaft im Schwyzer Schneesportverband, womit sich die GmbH einen jährlichen Zustupf vom Kanton sichern konnte.

### **Tierpark baut neues Restaurant**

Der Natur- und Tierpark Goldau investiert weiter in die Zukunft. Aufgrund des grossen Publikumsaufmarsches – ausgelöst durch die markante Vergrösserung und durch die Inbetriebnahme des Bären- und Wolfgeheges – wird der Tierpark für acht Mio. Franken ein neues Restaurant bauen. Gegen die Ausschreibung sind keine Einsprachen eingegangen. Es wird innen und aussen Platz für 400 Besucher anbieten. Die Bauarbeiten sollen im kommenden Frühjahr starten, der Betrieb ein Jahr später im Sommer 2014 aufgenommen werden.

### **Kehrichtmenge hat stagniert**

Letztes Jahr lieferte der innere Kantonsteil 10 700 Tonnen Kehricht in die Verbrennungsanlage nach Niederurnen, ein halbes Prozent weniger als 2010. Das gab der Zweckverband Kehrichtentsorgung Region Innerschwyz (ZKRI) an der Abgeordnetenversammlung am 23. Mai bekannt. Dem Zweckverband sind die Gemeinden und Bezirke des inneren Kantonsteils (ohne

Ybrig und Alpthal) angeschlossen. Die Kehrichtmenge ist ein guter Konjunkturanzeiger. Der Grund, warum er trotz guter Konjunktur leicht rückläufig ist, dürfte in der weiter zunehmenden Wertstoffsammelmenge (Glas, Metalle, Altpapier etc.) liegen, wo die Schwyzer eine sehr hohe und weiter steigende Rücklaufquote aufweisen.

### **Kanton prüft neue Bahn-Haltestellen**

Die Regierung erarbeitet gegenwärtig eine neue Strategie für das zukünftige Angebot von Bahn, Bus und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln. Er basiert auf der Tatsache, dass viele Schwyzer Dörfer stark gewachsen sind und noch weiter überdurchschnittlich wachsen werden. Dies hat dazu geführt, dass Bahnhöfe und Haltestellen teils am falschen Ort stehen und dicht bewohnte Gebiete zwar von der Bahn durchfahren werden, aber keine Haltestellen aufweisen. In einem Postulat werden nun sieben neue mögliche Haltestellen vorgeschlagen. Im Industriegebiet Stegstuden in Brunnen (im Zentrum der künftigen Entwicklungsachse Urmiberg), in der Tafelstatt bei Arth, in der Platten bei Einsiedeln, beim Seeedamm Center in Pfäffikon, an der Seestatt in Altendorf, im Dorf Schübelbach und in Buttikon-Dorf. Das Strategiepapier wird Ende 2012 vorliegen. Die Regierung will die Anliegen der Postulanten prüfen und hat zumindest teilweise Zustimmung signalisiert.

### **Neues LGT-Team in Pfäffikon gestartet**

Die LGT-Gruppe hat Ende Mai die Übernahme des Geschäfts der versicherungsbasierten Anlagen von Clariden Leu mit einem investierten Vermögen von rund zwei Milliarden Dollar abgeschlossen. Per Anfang Juni hat die LGT Capital Management die Funktionen als Investment Manager und Vertriebsträger der vier versicherungsbasierten Fondsstrukturen übernommen.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.*

## Schweizer Erweiterungsbeitrag: Innerhalb der Verpflichtungsperiode 210 Projekte genehmigt

**Die Schweiz hat in den Staaten in Mittel- und Osteuropa, die 2004 der EU beigetreten sind (EU-10), insgesamt 210 Projekte genehmigt, mit dem Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der erweiterten EU abzubauen. Damit hat die Schweiz die Zielsetzungen der ersten Phase im Rahmen des Erweiterungsbeitrags erfüllt, nämlich bis zum 14. Juni 2012 mit den EU-10 Projekte zu vereinbaren, an deren Finanzierung sie sich in Höhe von insgesamt einer Milliarde Franken beteiligt. Auf die fünfjährige Verpflichtungsperiode folgt nun die Umsetzungsphase, die im Juni 2017 endet. Bis dann müssen die vereinbarten Projekte abgeschlossen sein.**

Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags unterstützt die Schweiz autonom die Entwicklung der zehn Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind. Übergeordnetes Ziel ist die Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der erweiterten EU. Die Schweiz leistet damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Stabilität und Sicherheit auf dem ganzen Kontinent.

Rechtsgrundlage für den Erweiterungsbeitrag ist das Osthilfegesetz, welches das Stimmvolk am 26. November 2006 angenommen hatte. Den entsprechenden Rahmenkredit für die finanzielle Unterstützung von Projekten in Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern hatte das Parlament im Juni 2007 gutgeheissen.

Am 14. Juni 2007 begann die Periode, während welcher Projektverpflichtungen eingegangen werden konnten.

### Wichtigste Ergebnisse der Verpflichtungsperiode

- Jedes der genehmigten Projekte verfolgt eines der von der Schweiz festgelegten Ziele zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der erweiterten EU: Förderung des Wirtschaftswachstums und Verbesserung der Arbeitsbedingungen (48 Projekte), Erhöhung der sozialen Sicherheit (36), Schutz der Umwelt (58), Erhöhung der öffentlichen Sicherheit (39) und Stärkung der Zivilgesellschaft (12); 17 Projekte wurden für Projektvorbereitung und technische Hilfe genehmigt.
- Während der fünfjährigen Verpflichtungsperiode, die am 14. Juni 2012 zu Ende gegangen ist, wurden auf Grundlage von Rahmenverträgen mit den einzelnen Staaten Projekte ausgearbeitet. Die Schweiz hat in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern vor Ort die Projekte evaluiert. 210 Projekte hat die Schweiz definitiv genehmigt.
- Die eingegangenen Projekte wurden jeweils von der Schweiz auf ihre Nachhaltigkeit und Zweckmässigkeit eingehend geprüft.
- Insgesamt unterstützt die Schweiz Projekte im Umfang von 950 Millionen Schweizer Franken. 50 Millionen Schweizer

Franken stehen für den administrativen Aufwand der Schweiz bis 2017 zur Verfügung.

Auf die Verpflichtungsperiode folgt nun die sogenannte Umsetzungsphase, während der die vereinbarten Projekte durchgeführt und abgeschlossen werden müssen. Diese Periode endet am 14. Juni 2017.

(EDA/EVD)



## Das am stärksten industrialisierte Land der Welt

Der Schweiz drohe wegen des starken Frankens die Deindustrialisierung, fürchten Politiker und auch Unternehmer. Tatsächlich kämpft der Arbeitsplatz mit Problemen, weil sich wegen der raschen und starken Aufwertung der Währung die Lohnkosten in der Schweiz massiv verteuert haben. Doch in einer längerfristigen Perspektive zeigt sich, dass kaum Grund zu Panik besteht – im Gegenteil: Die Schweizer Industrie steht glänzend da, nach vierzig Jahren Angst vor dem Niedergang des Arbeitsplatzes ist die Schweiz immer noch das am stärksten industrialisierte Land der Welt.

### Schweizer vor Japanern an der Spitze

Zum überraschenden Befund kommt, wer die Zahlen genauer anschaut, die das World Economic Forum in seinem Global Competitiveness Report zusammenträgt. Mit genau 100 Mrd. \$ Industrieproduktion (2010) steht die Schweiz zwar auf der Rangliste der Länder nur noch an 19. Stelle, knapp hinter Taiwan (108 Mrd.) und den Niederlanden (102 Mrd.). Bei dieser Wertung führt jetzt China als Werkbank der Welt: Von seinem BIP von 5878 Mrd. \$ erarbeitet der 2. Sektor (Industrie, Energie, Gewerbe und Bau) rekordhohe 46%, die Industrie im engeren Sinn 34%; die Industrieproduktion beträgt so 1999 Mrd. Knapp dahinter liegen die USA mit 1906 Mrd.: Die führende Industrienation des 20. Jahrhunderts weist zwar mit 14658 Mrd. weiterhin ein fast dreimal so grosses BIP auf wie China, nur noch 13% davon kommen jedoch aus der Industrie.

Wer die Industrieproduktion pro Kopf errechnet, erhält aber ein ganz anderes Bild. China mit seinen 1,3 Mrd. Menschen erzielt pro Einwohner nur 1500 \$ in der Industrie. Von den anderen führenden Industrienationen erarbeiten Deutschland mit 7700 \$ das Fünffache und die USA mit 6000 \$ das Vierfache; sogar das vermeintlich desindustrialisierte Grossbritannien, die Wiege der Industriellen Revolution, erreicht mit 4000 \$ immer noch fast das Dreifache der Chinesen. An dritter Stelle liegt mit 8500 \$ Singapur als einer der aufstrebenden Tigerstaaten, an zweiter Stelle mit 8600 \$ Japan, das in den Siebziger- und Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts die Industrieproduktion revolutionierte. An der Spitze dieser Wertung steht aber mit grossem Abstand die Schweiz: Mit 12400 \$ pro Kopf schafft sie in der Industrie achtmal so viel Wert wie die Chinesen und doppelt so viel wie die Amerikaner.

### Das Wirtschaftswunder dauert an

Wie kam es dazu? Das «Wirtschaftswunder Schweiz» begann im 19. Jahrhundert. Die Schweiz gehörte zu den am frühesten und am stärksten industrialisierten Ländern, dies dank Pionierunternehmern wie Escher-Wyss, Georg Fischer oder Rieter, die zuerst die englischen Vorbilder kopierten und darauf mit ihren tüchtigen Technikern und Mechanikern selber den Maschinenbau innovierten. So gehörten Sulzer, Saurer, Bühler oder später der Elektrokonzern BBC seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

zu den führenden Weltfirmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten sie ihre Stellung weiter ausbauen. 1970 wies die Schweiz deshalb mit einem Anteil der Industrieproduktion am BIP von 40% (also deutlich höher als China heute) weltweit den höchsten Wert auf.

Nach dem Zerfall des Währungssystems von Bretton Woods ab 1971 und dem Ölpreisschock von 1973 litt die Schweizer Industrie aber unter der schwachen Weltkonjunktur und der starken Aufwertung des Frankens. Ausserdem rächte sich, dass sie bis dahin mit einer zunehmenden Zahl von «Gastarbeitern» auf Expansion statt auf Produktivitätssteigerung dank Informatik und Rationalisierung gesetzt hatte, wie es die aufkommenden Japaner vormachten. Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung halbierte sich so bis 1990 auf 20%. Dort konnte er sich aber seither halten – im Gegensatz zu allen anderen westlichen OECD-Ländern. Weshalb? Einerseits steigerte die Schweizer Industrie ihre Exporte weiter, weil sie auf Produkte mit hoher Wertschöpfung setzte und bei den Massengütern zur vollautomatischen Fertigung wechselte; andererseits verfügt die Schweiz dank der dualen Berufsbildung und der Personenfreizügigkeit über die hochqualifizierten Fachkräfte, wie sie die zunehmend «tertiarisierte», also von Dienstleistern geprägte Industrie braucht.

*(avenir suisse)*

## Drei Milliarden mehr für den Gotthard?

Am kommenden 27. Juni wird der Bundesrat mit grosser Wahrscheinlichkeit dem Parlament den Bau eines zweiten Strassentunnels am Gotthard mit richtungsgetrennter, einspuriger Verkehrsführung vorschlagen. Grund ist die Sanierung des bestehenden Gotthardtunnels mit Gegenverkehrsregelung, welcher 1980 für den Verkehr freigegeben wurde und 17 Kilometer lang ist. Die Gesamtkosten werden mit drei Milliarden Franken (aktueller Stand) angegeben. Interessanterweise werden Kosten in ähnlicher Grössenordnung für den zukünftigen Autobahnabschnitt Glattal/Winterthur und die geplante grosse Umfahrung von Morges veranschlagt. Beide Projekte sind Teil des vom Nationalrat verabschiedeten Richtplans zum Schweizer Autobahnnetz.

Wenn sich der Durchstich eines zweiten Gotthardtunnels (mit richtungsgetrennter, einspuriger Verkehrsführung) aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Gewährleistung einer schnellen Strassenverbindung zwischen dem Tessin und Zürich rechtfertigen lässt, steht es ausser Frage, die Umsetzung dieses Projekts im Vergleich mit anderen Projekten im Mittelland prioritär zu behandeln. Es sei jedoch daran erinnert, dass der durchschnittliche Tagesverkehr am Gotthard im Jahr 2011 rund 17'000 Fahrzeuge pro Tag betrug... gegenüber 143'000 in Wallisellen, zwischen Zürich und Winterthur, 105'000 in Crissier, zwischen Lausanne und Morges, und bereits 75'000 auf der Autobahnumfahrung

um Genf, alles dicht besiedelte Metropolitanregionen, welche einen massgeblichen Beitrag zum Schweizer Bruttoinlandprodukt und dem Finanzausgleich auf eidgenössischer Ebene leisten.

Wenn es nicht noch einen verspäteten Geistesblitz des Bundesrates gibt, deutet alles darauf hin, dass in zehn Tagen nur der Bau eines zweiten Strassentunnels am Gotthard angekündigt wird, ohne die Garantie der Finanzierung von Strassenbauprojekten im Mittelland, selbst wenn letztere natürlich nicht vom Verfassungsartikel zum Transitverkehr betroffen sind. Nicht zufällig gibt es bereits für das Projekt des zweiten Gotthard Strassentunnels von links-grüner Seite eine unmissverständliche Referendumsdrohung, organisiert von Seiten der Alpen-Initiative.

Um es deutlich zu sagen: Eine derartige Missachtung der Interessen des gesamten Mittellandes, der Westschweiz und der Genferseeregion im Besonderen wäre inakzeptabel, insbesondere in Anbetracht der Notwendigkeit einer durchgehenden Autobahnverbindung zwischen dem Genfer Flughafen (mehr als 13 Millionen Passagiere im Jahr 2011) und dem Rest der Westschweiz via Genf und Lausanne. Hierbei geht es auch um die Gewährleistung einer ausgleichenden Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Regionen des Landes bei der Aufteilung der Investitionen in die Transportinfrastruktur.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Rechnung für die neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) Gotthard-Ceneri zusammen mit dem Zimmerberg-Tunnel nach derzeitigem Stand 16 Milliarden Franken erreichen wird, während die Region Waadt-Genf am Genfer See mit ihren 1,2 Millionen Einwohnern (ohne das benachbarte Frankreich) immer noch nicht über ein drittes Gleis zwischen den Grosstädten Genf und Lausanne verfügt. Die Nord-Süd-Achse kann also vernünftigerweise nicht mehr an die staatenbündische oder lateinische Solidarität appellieren.

Um in letzter Minute Konflikte zwischen den Regionen um verfügbare Finanzmittel zur Realisierung der Transportinfrastrukturen zu verhindern, muss der Bundesrat also Varianten für die Finanzierung eines zweiten Gotthard Strassentunnels vorschlagen und eine Erhöhung des Treibstoffzuschlags ankündigen – frühestens ab 2015 und sofern die Kasse für den Strassenverkehr nahezu leer ist – um die wichtigsten Strassenbauprojekte im Mittelland rund um die Agglomerationen von Zürich, Genf, Lausanne und Bern zu finanzieren, wie es eine von Nationalrat Jean-Pierre Grin an der letzten Session der Eidgenössischen Räte eingereichte Interpellation verlangt.

Sonst deutet alles darauf hin, dass sich das Projekt eines zweiten Strassentunnels am Gotthard, ungeachtet der Beschränkung auf die

Frage der Vereinbarkeit mit dem Verfassungsartikel zum Schutz der Alpen, auf einen grossen Widerstand betreffend seiner Finanzierung gefasst machen muss. Eine diesbezügliche Umfrage hat ergeben, dass einerseits 68% der Schweizer für einen zweiten Tunnel sind, aber andererseits 62% keine «Gratisdurchfahrt» will und in diesem Sinne eine vom Staat erhobene Tunnelgebühr fordert, um dieses Bauwerk zu realisieren. Diese Option hat die Gotthardlobby offensichtlich noch nicht in Betracht gezogen.

Lässt sich die mit diesem Bauwerk verbundene Frage «Drei Milliarden mehr öffentliches Geld für den Gotthard?» zugleich der «Verkehrssicherheit oder Umwelt» gegenüberstellen? Es ist in erster Linie Aufgabe des Bundesrates das zu beantworten, anschliessend ist das Parlament an der Reihe und eventuell der Kanton Tessin, der dieses Bauwerk von gleichzeitig lokalem Interesse zum Teil (zum Beispiel mit 20%) finanzieren könnte.

*(Centre Patronal)*

## Strukturerhebung der eidgenössischen Volkszählung 2010

Das Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht mit den Resultaten der Strukturerhebung 2010 erstmals seit der Volkszählung 2000 aktuelle Daten zur Religions- und zur Sprachenlandschaft der Schweiz. Die jährliche Strukturerhebung ist ein Kernelement der neuen, modularen Volkszählung, die den heute stark beschleunigten gesellschaftlichen Wandel besser abzubilden vermag. Ende 2010 ist die römisch-katholische Landeskirche mit einem Anteil von 38,8 Prozent die grösste Konfessionsgruppe. Stark zugenommen haben seit 2000 die Konfessionslosen, deren Anteil neu bei 20,1 Prozent liegt. Der Anteil der Mehrsprachigen liegt Ende 2010 bei 15,8 Prozent, derjenige der Rätoromanisch-Sprechenden ist gegenüber 2000 stabil geblieben und liegt bei 0,6 Prozent.

### Verdoppelung der Konfessionslosigkeit

Landesweit stärkste Konfessionsgruppen sind Ende 2010 die römisch-katholische Landeskirche mit 38,8% und die evangelisch-reformierte Landeskirche mit 30,9%. Die islamischen Glaubensgemeinschaften sind mit einem Anteil von 4,5% und die jüdischen mit 0,2% vertreten. Der Anteil der Konfessionslosen beträgt Ende 2010 20,1%, das entspricht einer Zunahme von 8,9 Prozentpunkten seit der Volkszählung 2000.

Seit dem Jahr 2000 haben die Anteile der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Landeskirchen leicht abgenommen (um 3,7 Prozentpunkte bei der rö-

misch-katholischen und um 3,2 Prozentpunkte bei der evangelisch-reformierten Landeskirche). Der Anteil der islamischen Glaubensgemeinschaften ist gestiegen (um 0,9 Prozentpunkte). Der Anteil der jüdischen Glaubensgemeinschaften ist stabil geblieben.

Im regionalen Vergleich ist die römisch-katholische Glaubensgemeinschaft in der Zentralschweiz (Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden), im Tessin, im Wallis und in den Kantonen Freiburg, Appenzell Innerrhoden und Jura weiterhin die dominante Glaubensgemeinschaft geblieben: Mehr als 60% der Bevölkerung gehören dieser Konfessionsgruppe an. Im Kanton Genf sind die römisch-katholische Landeskirche und die Konfessionslosen mit einem Anteil von 36,8% resp. 35,1% etwa gleich stark vertreten. In den Kantonen Basel-Stadt und Neuenburg sind die Konfessionslosen im Vergleich zu den anderen Gruppen am stärksten (42,2% bzw. 37,0%). Die evangelisch-reformierte Landeskirche weist nur noch im historisch reformierten Kanton Bern einen Anteil von mehr als 60% auf. Aber auch in den Kantonen Schaffhausen und Appenzell Ausserrhoden bilden die Evangelisch-Reformierten die mit Abstand grösste Konfessionsgruppe.

### Jede sechste Person spricht mehrere Hauptsprachen

Ende 2010 bezeichnen sich 83,9% der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren als einsprachig. 15,8% sprechen mehrere

Hauptsprachen und sind somit mehrsprachig, denken also in diesen Sprachen und beherrschen diese sehr gut. Die meistgesprochene Hauptsprache ist mit einem Anteil von 65,6% Deutsch. Es folgt Französisch: 22,8% der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren geben diese Sprache als Hauptsprache an. Weitere sind Italienisch mit 8,4%, Englisch mit 4,5% und Rätoromanisch mit 0,6%. Insgesamt haben 91,3% mindestens eine Landessprache als Hauptsprache angegeben. Dieser Wert ist seit dem Jahr 2000 stabil geblieben. Ein direkter Vergleich mit den Volkszählungsdaten 2000 ist jedoch nur beschränkt möglich, weil im Jahr 2000 nur eine, in der Strukturerhebung 2010 hingegen mehrere Hauptsprachen angegeben werden konnten.

Zu Hause oder mit den Angehörigen sprechen 61,3% der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren hauptsächlich Schweizerdeutsch, 23,2% Französisch und 9,0% Italienisch. Hochdeutsch sprechen zu Hause oder mit den Angehörigen 9,6% und Englisch 4,1%.

### Hochdeutsch und Englisch wichtig bei der Arbeit

Bei der Arbeit wird mehrheitlich Schweizerdeutsch gesprochen: 66,9% der Erwerbstätigen sprechen bei der Arbeit Schweizerdeutsch. Danach folgt – im Unterschied zu den Sprachen, die zu Hause oder mit den Angehörigen gesprochen werden – Hochdeutsch mit 32,3%. Französisch sprechen 29,0%, Englisch 16,5% und Italienisch 8,8%. (BFS)

## Kartellgesetz auf repressiven Abwegen

Es ist fraglich, ob die politisch-korrekt antikartellistische Hysterie ein probates Mittel ist gegen die Angst vor wirtschaftlichen Problemen, die in der Schweiz im Übrigen weniger gross sein dürften, ist als im benachbarten Ausland. Diese Idee liegt jedoch leider der laufenden Revision des Kartellgesetzes (KG) zugrunde, die der Bundesrat Anfang Jahr ins Parlament gebracht hat und mit der er das Kartellrecht «griffiger ausgestalten» will.

Aktuell beschäftigt sich die ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben mit dem Dossier, so dass die Hoffnung bleibt, sie versuche die zweifelhaftesten Punkte der Vorlage zu korrigieren. Darunter fällt insbesondere die Absicht, sogenannte «besonders schädliche» Kartelle – das heisst horizontale Preis-, Mengen und Gebietsabreden sowie vertikale Preisbindungen und Gebietsabschottungen – automatisch zu verbieten.

Diese Absprachen sind bereits unter geltendem Recht unzulässig und die entsprechenden Strafen von der ersten Verletzung an drakonisch. Das Gesetz vermutet «die Beseitigung wirksamen Wettbewerbs» durch die inkriminierten Abreden allerdings nur und die Wettbewerbskommission (WEKO) muss im entsprechenden Verfahren die effektive Unzulässigkeit beweisen. Dies ist nicht nur eine Frage des gesunden Menschenverstands, sondern viel prosaischer auch des Respektierens der Bundeversammlung: Diese verlangt vom Bund nicht ein

Verbot von Kartellen, sondern Vorschriften gegen ihre «volkswirtschaftlich oder sozial schädliche[n] Auswirkungen» (Art. 96 BV). Wie lässt sich gestützt darauf das Vorhaben des Bundesrats rechtfertigen, dass die WEKO die effektiven Auswirkungen von Wettbewerbsabreden nicht mehr untersuchen müssen sollte, sondern allein schon das Vorhandensein zur Bestrafung führt. Diese Beweislastumkehr zwänge Unternehmen dazu, den negativen Beweis des Fehlens «schädlicher Auswirkungen» erbringen zu müssen, was praktisch oft äusserst schwierig werden dürfte.

Nicht ohne Ironie sei an dieser Stelle nicht nur auf die Verfassungswidrigkeit, sondern auch darauf hingewiesen, dass der Bundesrat vor noch nicht einmal zwei Jahren die genau entgegengesetzte Meinung vertrat. So hat er im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens ausgeführt, vertikale Abreden könnten ein Mittel sein, «um notwendige Investitionen in die Vertriebskette zu schützen» und dazu «genutzt werden, den Händlern bessere Aussichten auf die Deckung der Kosten für die Neueinführung von Produkten zu bieten». Damit wirkten die Abreden «oft wettbewerbsfördernd». Unsere Regierung schloss damals daraus, es bedürfe in jedem Fall einer «differenzierten Behandlung» und einer «Einzelfallbeurteilung». Wie kann sie heute ein pauschales Verbot proklamieren?

Zur Begründung seines Vorhabens führt der Bundesrat den teuren Franken und die erzielten Währungsgewinne einiger Unternehmen ins

Feld. Inwiefern dazwischen und der Kartellrechtsrevision ein Zusammenhang besteht, ist allerdings nicht wirklich ersichtlich; ebenso wenig wie durch das neue Gesetz verhindert werden sollte, dass Unternehmen Währungsgewinne einstreichen.

Ein weiterer Mangel der Vorlage: Die Ausdehnung der heute den Konkurrenten vorbehaltenen zivilen Klagemöglichkeit auf alle «betroffenen» Personen, so dass namentlich Konsumenten oder gar ihre Organisationen zivilrechtlich auf Entschädigung klagen könnten. Damit wäre der für die Schweiz erste Schritt in Richtung Sammelklage nach amerikanischem Vorbild getan mit all ihren Folgen wie Schauprozesse und erpresserischen Drohungen gegen Unternehmen.

Es ist an der Zeit, dass sich die Politik darüber klar wird, dass die antikartellistische Gesetzgebung kein Spiel ist und dass davon auch kleine und mittlere Unternehmen oder Berufsverbände betroffen sind, die gelegentlich auf gewisse Vereinbarungen angewiesen sind. Dadurch, dass man ihnen das Leben schwer macht, steigert man weder den Wettbewerb, noch das Wirtschaftswachstum, noch die Kaufkraft der Konsumenten.

(Centre Patronal)

## Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2010</b>	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
<b>2012</b>	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5							
<sup>1</sup>	-2,4	-1,9	-2,0	-2,3	-2,3							

### Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2010</b>	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
<b>2012</b>	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6							

### Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2010</b>	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
<b>2012</b>	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2							

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2010</b>	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
<b>2011</b>	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
<b>2012</b>	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8							
<sup>1</sup>	-0,8	-0,9	-1,0	-1,0	-1,0							

	2009 <sup>2</sup>	2010 <sup>2</sup>	2012				
			Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März

### Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		2009 <sup>2</sup>	2010 <sup>2</sup>	2011	2012	2012	2012	2012	2012	2012
				Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	<b>Totalindex</b>	<b>99,0</b>	<b>99,7</b>	<b>99,4</b>	<b>99,3</b>	<b>98,9</b>	<b>99,1</b>	<b>99,7</b>	<b>99,8</b>	<b>99,8</b>
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,8	101,6	96,0	96,2	96,8	97,0	97,5	96,9	97,9
	Alkoholische Getränke und Tabak	98,2	99,4	101,7	101,0	102,0	101,7	102,4	101,6	101,6
	Bekleidung und Schuhe	92,1	93,2	96,5	93,3	84	84,3	90,4	93,1	94,6
	Wohnen und Energie	96,9	99,3	102,3	102,4	102,3	102,8	102,9	102,8	102,5
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	100,5	100,1	98,3	98,4	96,8	97,6	98,1	98,0	97,1
	Gesundheitspflege	100,7	100,4	100,1	100	100,1	100,1	100	100	100
	Verkehr	97,1	99,4	97,4	97,4	97,5	98,1	99,3	100,0	99,2
	Nachrichtenübermittlung	101,5	100,0	100,3	100,3	100,3	100,2	100,2	100,1	100,1
	Freizeit und Kultur	102,7	100,5	96	95,2	94,2	94,1	94,3	94,6	94,6
	Erziehung und Unterricht	97,8	98,9	100,7	101,6	101,6	101,6	101,6	101,6	101,6
	Restaurants und Hotels	99,2	100,1	101,2	101,4	102,4	102,4	102,6	102,3	102,4
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,9	100,2	100,0	100,1	100,4	100,7	100,6	100,7	100,8	
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	99,2	99,8	100,2	100,2	100,3	100,5	100,6	100,5	100,6
	Auslandgüter	98,6	99,4	97,4	96,7	95	95,4	97,2	97,6	97,4
	Waren	99,1	99,8	97,7	97,4	96,3	96,5	97,8	97,9	97,9
	Dienstleistungen	99,0	99,7	100,7	100,6	100,7	101	101	101,1	101,1

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

### In Italien an Schwyz gedacht: Gedankensplitter einer Reise

Vor kurzem machten wir zwei Wochen Ferien in Süditalien. Von Rom aus fuhren wir mit einem Mietauto ohne genaues Ziel eine grosse Schleife. Es war eine Reise mannigfaltiger Eindrücke, die immer wieder zu Vergleichen mit der eigenen Region und dem eigenen Kanton einladen. So ganz konnte ich meine Tätigkeit als Regionalmanager nicht vergessen...

Bella Napoli: Vesuv, Pompeji, Capri, Costa Amalfitana und eine spektakuläre Bucht – rings herum nichts als Highlights. Natürlich waren wir über die ganz spezielle Fahrweise der Napolitaner nach dem Prinzip «Ich bin allein auf der Welt» informiert. Aber: Führt diese Grundhaltung dazu, dass die Stadt aus ihrem riesigen Potential touristisch so wenig macht und durch Chaos Gäste vertreibt? Es mag ein Zufall sein, dass ich ausgerechnet dort vom Entscheid des Einsiedler Bezirksrats erfuhr, die gemeinsame Internetplattform von wirtschaftlichen Organisationen und verschiedenen Gemeinden mit monatlich 80'000 Besuchern einfach sterben zu lassen...

240 Kilometer östlich von Napoli liegt in der Basilicata das Städtchen Matera. Bis Mitte des letzten Jahrhunderts galt es in Italien als nationale Schande, dass die Menschen dort unter katastrophalen Verhältnissen in Höhlen lebten. Ab 1960 wurden die Menschen in Wohnblocks umgesiedelt. In der Zwischenzeit leben die «Sassi» (Höhlenwohnungen) wieder. Dank unternehmerischer Fantasie entstanden hier kleine, sehr spezielle Hotels, die es

sonst nirgendwo gibt. In den «Höhlenosterias» wird regionale Küche serviert, Handwerk wird wieder belebt und dies ohne Disneyland Folklore. Kulturtouristen entdecken nicht nur in den zahlreichen Höhlenkirchen immer wieder Neues. Ergebnis: Matera hat aus dem Nichts eine klare Marke zum Verweilen und Entschleunigen geschaffen. Auf einen «Sawiris», der vom Himmel fällt, wurde nicht gewartet.

In Lecce am adriatischen Meer wohnten wir in einem Palazzo aus der Barockzeit, umgenutzt in ein stilvolles und grosszügiges Kleinhotel. Der Besitzer holt uns mit dem Velo am Bahnhof ab und lotst uns durch enge Gassen zum Parkplatz. Um 22.00 Uhr bringt er uns Weingläser aufs Zimmer: Service pur! Zimmerpreis für 2 Personen: 75 Euro inkl. Frühstück. In der Hauptstadt Bari wohnen wir 4 \*\*\*\*, luxuriös und zentral. Preis: 158 Euro. Kann die Schweiz in der Hotellerie im internationalen Wettbewerb mithalten? Warum belegen wir gerade diese extrem herausgeforderte Branche mit einer Sondersteuer (Kurtaxe)? Wieso gelingt es nur wenigen Gemeinden Hotelzonen auszuscheiden, um mindestens einen Kostenfaktor zu senken? Und: warum zahlt man für eine gute Flasche Wein hier mindestens 40 Fr., dort 9–15 Euro? Einen Trumpf haben wir allerdings: die touristische Infrastruktur von Zug, Postauto bis hin zur medizinischen Versorgung ist in der Schweiz top. Sparen wir sie nicht zum Mittelmass runter!

Sulmona, eine Kleinstadt in den Abruzzen, Eingangstor zu mehreren Naturparks. Fast unberührte Land-

schaft soweit das Auge reicht. Menschen, Schafe, Ziegen, sogar Bären und Wölfe finden ihren Platz. Genau das suchen Naturparktouristen und weniger die Enge unseres Kantons. Natürlich ist es in den dünn besiedelten Abruzzen leichter, die Landschaft und die natürlichen Ressourcen zu schonen. Auch wenn der Naturpark abgelehnt wurde, die Frage nach einer nachhaltigen Entwicklung ist im Kanton Schwyz nicht beantwortet.

Noch weiter oben in den Bergen bestellen wir in einer Bar einen Kaffee. «Svizzera!» Halb bewundernd, halb neidisch spricht die resolute Wirtin vom Geld, dem funktionierenden Staat und der schönen Natur, die sie bei uns sieht. Die Szene steht für Ähnliches, das wir in den zwei Wochen erlebten. Viele Italiener/innen haben das Vertrauen in die Politiker jeglicher Couleur völlig verloren, weil sie nur reden, nur an sich denken und nicht handeln. Da fühlt man sich als Schweizer so richtig gut! Auf dem Flug von Rom nach Zürich denke ich an die Leistungsbilanz des Schwyzer Kantonsrats in den letzten vier Jahren: Budget zurück gewiesen, aber Kantonsfinanzen nicht bereinigt; Hin und Her bei der Justizaffäre; Volksschulverordnung nur an diskutiert usw.

Werden nicht auch bei uns immer wieder von Regierungen aller Stufen Konzepte ohne konkrete Massnahmen erarbeitet, um Aktivismus vorzutäuschen? In einem haben wir es besser: Mit den Volksrechten können wir der Politik Dampf machen.

*Klaus Korner*

# Generalversammlung des H + I des Kantons Schwyz

Am **Donnerstag, 30. August 2012, ab ca. 16.15 bis 21.30 Uhr**, lädt der H + I seine Mitglieder zur **Generalversammlung** ein. Es ist uns eine grosse Ehre **Herrn Carl Elsener Jr., Victorinox-Geschäftsführer und VR-Delegierter**, an der diesjährigen GV als Referenten begrüssen zu dürfen.

Die Generalversammlung findet im **Panorama Resort und Spa in 8835 Feusisberg** statt. Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

# 1. offizielle Tischmesse Ausserschwyz 2012 des Technologiezentrums Schwyz

Das Technologiezentrum Schwyz führt am **Dienstag, 4. September 2012 im Hotel Seedamm Plaza, Pfäffikon** die 1. offizielle **Tischmesse Ausserschwyz** durch. Die Tischmesse erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft, den Wirtschaftsverbänden KSGV, H+I und den Regionalentwicklungsverbänden Rigi/Mythen und Einsiedeln. In der Zeit von **12.00 bis 18.30** präsentieren die Aussteller ihre Business-to-Business-Angebote auch für die Besucher von nichtausstellenden Unternehmen.

Anmeldungen nimmt das Amt für Wirtschaft bis Freitag, 3. August 2012 entgegen. Einladung und Anmeldeformular unter [www.schwyz-wirtschaft.ch](http://www.schwyz-wirtschaft.ch).

Technologiezentrum Schwyz  
Frauholzstrasse 9b, 6422 Steinen

Diese Ausgabe wird gesponsert von  
**Gasser Hülsen GmbH,**  
**Landstrasse 1, 6418 Rothenthurm**  
[www.huelsen.ch](http://www.huelsen.ch)

Nr.	Datum	Sponsor
432	24.11.2011	A. Betschart's Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER, Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ
434	26. 01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
435	23. 02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
436	29. 03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
437	26. 04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
438	24. 05. 2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach
<b>439</b>	<b>28. 06. 2012</b>	<b>Gasser Hülsen GmbH, Kartonhülsenfabrik, Landstrasse 1, 6418 Rothenthurm</b>
440	30. 08. 2012	Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz, Riedstrasse 17, 6431 Schwyz
441	27. 09. 2012	Schwyz Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
442	25. 10. 2012	Bruhin AG, druck media, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach
443	29. 11. 2012	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
444	16. 12. 2012	Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151, 6403 Küsnacht am Rigi
445	24. 01. 2013	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen SZ
446	21. 02. 2013	720 Grad AG, Architekturbüro, Bahnhofstrasse 1, 8852 Altendorf
447	28. 03. 2013	Elektrizitätswerk Schwyz AG, Strehlgasse 11, 6430 Schwyz
448	25. 04. 2013	Schweizerische Mobiliar, Generalagent Roland Egli, Lachen, Generalagent Stephan Annen, Schwyz
449	30. 05. 2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.
450	27. 06. 2013	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz
451	29. 08. 2013	
452	26. 09. 2013	Schwyz Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
453	24. 10. 2013	
454	28. 11. 2013	
455	17. 12. 2013	Wyrsch Unternehmerschule AG, Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach